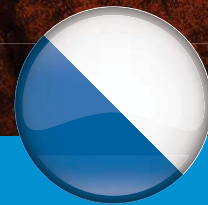


STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Juni 2023

Covid-Gesetz: Aufarbeiten statt verlängern



AUSNAHMEZUSTAND BEENDEN

Wichtige Argumente für ein Nein zum
Covid-19-Gesetz am 18. Juni 2023.

Seite 4

«PRO SCHWEIZ»: NEUTRALITÄT STÄRKEN

Dr. Stephan Rietiker im «Standpunkt»-
Interview.

Seiten 8 und 9

KANTON ZÜRICH

- Nationalrat – jetzt die Chance packen!
- Nein zur Covid-19-Verlängerung
- Nein zum Mindestlohn in Zürich
und Winterthur

KANTONALTEIL

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Ablauf der Sammelfrist: 1. Dezember 2023

➔ Weitere Infos: www.srg-initiative.ch

Doppelinitiative «Einmal darüber schlafen» & «Lebensfähige Babys retten»

Ein bereits ausserhalb des Mutterleibes lebensfähiges Baby soll ein absolutes Recht auf Leben haben. Darum braucht es die «Lebensfähige-Babys-retten-Initiative». Eine Abtreibung ist kein belangloser Entscheid. Deshalb soll mindestens ein Tag Bedenkzeit zur Regel werden («Einmal-darüber-schlafen-Initiative»). Ablauf der Sammelfrist: 21.06.2023

➔ Weitere Infos: www.mamma.ch

«Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung zu verankern: Damit sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten verzichtet. Ablauf der Sammelfrist: 08.05.2024

➔ Weitere Infos: www.neutralitaet-ja.ch

EDU Schweiz

Eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023

Parolen der EDU Schweiz

Frei

Stimmfreigabe zur «OECD-Mindeststeuer»

Nein

Nein zum «Klimaschutzgesetz»

Nein

Nein zur Verlängerung des Covid-19-Gesetzes



Wort des Monats

«WENN WIR DAS BARGELD VERLIEREN UND ES NUR NOCH DIGITALE ZENTRALBANKWÄHRUNGEN GIBT, WIRD DER COMPUTER WISSEN, WAS SIE VORHABEN, NOCH BEVOR SIE ES TUN – UND ER WIRD SIE DARAN HINDERN, ES ZU TUN. WENN SIE ZUM BEISPIEL SAGEN: «DU KANNST DEIN HAUS NICHT WEITER ALS 8 KM VERLASSEN», UND DU VERSUCHST, EINE FLASCHE WASSER 9 KM VON ZU HAUSE ENTFERNT ZU KAUFEN, WIRST DU ES NICHT KÖNNEN.»

Dr. Mike Yeadon warnt eindringlich vor digitalen Zentralbankwährungen

Autorität und Herrschen

Liebe Leserinnen und Leser



Vielmals beten wir zu Gott und bitten Ihn, uns zu helfen. Aber ist es das, was Jesus uns beauftragt hat? Ist es das, was Gott selbst gesagt hat? In 1.Mose 1:26 sagt Gott selbst, dass wir Menschen auf der Erde herrschen sollen. Jesus spricht in Luk. 10:19 davon, dass er uns Vollmachten gegeben hat («Sehet, ich habe euch Macht gegeben»).

Was tat Jesus im Boot, als der Sturm aufzog und alle in Panik gerieten? Bat er da Gott um Hilfe? Nein. Er befahl dem Sturm, er habe still zu werden – und es geschah. Es ist an uns zu HERRSCHEN und Situationen, die nicht in Ordnung sind, in Ordnung zu bringen. Im Vertrauen und Glauben an Gott.

Im Hebräer steht geschrieben: «ohne Glauben ist es unmöglich, Gott wohlzugefallen». Der Ball liegt also bei uns. Stützen wir uns auf die Verheissungen Gottes, halten wir an Ihm fest und geben wir dem Zweifel keinen Raum. Die Macht zum Leben oder Tod liegt bei der Zunge. Das bedeutet: «was wir aussprechen, hat Macht». Wenn unsere Gedanken eher negativ gelagert sind, entstehen daraus negative Worte und negative Handlungen. Wir haben die Macht, dies zu ändern und unsere Sinne mit dem Wort Gottes zu füllen. Dadurch wird unser Denken beeinflusst, worauf wiederum positive Worte folgen, die Situationen beeinflussen. Sprich aus, was du sehen willst!

Ein Beispiel, das ich seit Jahren lebe: wenn ich in meinem Geschäft sehe, dass sich in der laufenden Woche noch nicht genügend Kunden angemeldet haben – ich also noch Kapazitäten habe –, spreche ich zu der Situation. Ich rufe die Kunden, damit sie sich bei mir melden. Und ich rufe, damit Menschen, die an meinem Geschäft vorbeilaufen, spontan hereinkommen und meine Kunden dann Zeit haben, wenn ich Zeit für sie habe. Anschliessend danke ich Gott und lobe Ihn, weil er gut ist.

Martina Bolliger, Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

DIACONIA
Internationale Hilfe
www.diaconia.org

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

eljah

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Ihr Geschenk

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

Ausnahmezustand beenden – Nein zum Covid-Gesetz

Dank einem auch von der EDU mitgetragenen Referendum können wir am 18. Juni über eine Verlängerung von Teilen des Covid-19-Gesetzes abstimmen. Wir empfehlen Ihnen, mit Nein zu stimmen.

Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Erfreulicherweise wurden in der Schweiz die «besondere» und die «ausserordentliche Lage» im Frühjahr/Sommer 2022 aufgehoben. Damit wurden auch die mit dem Covid-19-Gesetz begründeten Massnahmen hinfällig. Zwar zeigen die aktuellen Abwasser-Stichproben, dass weiterhin grosse Mengen an Covid-19-Viren in der Bevölkerung zirkulieren. Aber dank der breiten «Durchseuchung» der Bevölkerung werden kaum Covid-19-Patienten in die Spitäler eingewiesen. Somit erübrigen sich auch in der Praxis des Gesundheitswesens die vom Parlament verfügten Verlängerungen des Covid-19-Gesetzes.

Fragwürdige Verlängerungen

Das Parlament hat u.a. folgende Bestimmungen vom 31. Dezember 2023 bis zum 30. Juni 2024 verlängert (wogegen das Referendum ergriffen wurde):

- In Art. 3 die Vorschriften, wonach die Kantone in Absprache respektive auf Anweisung des Bundes Gesundheits- und Spital-Kapazitäten für Covid-19-Kranke bereithalten sollen. Weiter soll der Bund gemäss Art. 3 weiterhin Ausnahme-Kompetenzen bei der Zulassung von Medikamenten und der Versorgung mit Gesundheitsprodukten behalten können.
- Art. 4 gibt dem Bundesrat die Kompetenz, Arbeitgeber dazu zu verpflichten, gefährdeten Arbeitnehmern die Heimarbeit zu gestatten resp. gleichwertige Ersatzarbeit zu leisten.
- Gemäss Art. 5 und 6 soll der Bund die Sonderregelungen für Migration und Grenzkontrolle weiterführen können.

Die Beschneidung der Freiheit stoppen!

Thomas Lamprecht
Kantonsrat EDU ZH

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Covid-19-Gesetz
NEIN

Volksabstimmung vom
18. Juni 2023
www.edu-schweiz.ch



EDU-Nationalrat Andreas Gafner erklärte in der Tageschau-Hauptausgabe von SRF am 2. Mai 2023, warum die EDU und er die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes ablehnen.

Äusserst fragwürdig ist aus meiner Sicht die Weiterführung für die Impf-, Test- und Genesungsnachweise, bzw. -Zertifikate. Aufgrund der aktuellen Covid-19-Situation und der Tatsache, dass die Schnell- und PCR-Tests alles andere als zuverlässig sind, lässt sich diese Verlängerung kaum rechtfertigen.

Umstrittenes «Contact Tracing»

Als besonders stossend betrachte ich die Weiterführung des Proximity- und Presence-Tracingsystems für das Coronavirus Sars-CoV-2 gemäss Epidemiegesetz (EpG) Art. 60a. Dieses vom Bundesamt für Gesundheit betriebene digitale System, das zwar freiwillig ist und bleibt, aber auf dem Mobiltelefon die Annäherung einer Covid-19-positiv getesteten Person anzeigt, war von Beginn weg völliger Unsinn. Dies, weil nur ein Teil der Bevölkerung mitmacht und zudem scharenweise Covid-19-Träger herumlaufen, die nicht krank wurden und nicht wissen, dass sie Covid-19-Träger sind. Auch die Unzuverlässigkeit der Schnell- und PCR-Tests macht das System unnützlich. Kommt dazu, dass gemäss EpG-Art. 62a dieses Contact Tracing-System («Tracing» heisst auf Deutsch so viel wie «Nachverfolgung») mit ausländischen Systemen verbunden werden kann.

Offensichtlich geht es hier nicht um effektive Covid-19-Prävention, sondern primär um die Implementierung eines – zwar noch freiwilligen – elektronischen Überwachungssystems, mit dem Mobilität und Bewegung von Personen beliebig registriert werden können. Vorläufig noch unter dem Titel Covid-19-Bekämpfung, aber das ist nur die Maske. ●

Grenzen überwinden!

Wer überwindet ...

Mich hat eine Frage beschäftigt, welche im IDEA-Magazin einem Politologen bezüglich den im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen gestellt wurde: Warum «kommen EDU und EVP nicht vom Fleck», obwohl in der Schweiz nach wie vor zwei Millionen Personen der evangelisch-reformierten Kirche angehören, rund 250'000 sich von der Evangelischen Allianz vertreten fühlen und gut 200'000 eine Freikirche besuchen?

Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz



Ich habe gemerkt, dass es gar nicht so einfach ist, diese Frage zu beantworten. So fragte ich mich zu Beispiel, ab welchem Moment denn eine Person Christ ist. Ist sie es mit der Zugehörigkeit zur Kirche und mit der Bezahlung der

Kirchensteuer? Ist sie es, indem sie sich von einer Allianz vertreten fühlt oder in eine Freikirche geht? Ist sie es, wenn sie die Sprache Kanaans (Sprache der christlichen Community) akzentfrei beherrscht? Wenn man die Personen, die sich im christlichen Umfeld bewegen, fragen würde, so kämen vermutlich so viele unterschiedliche Antworten wie die Anzahl der befragten Menschen.

Will man diese Frage über das Wort Gottes beantworten lassen, so ist die Antwort ernüchternd: «Wer den Willen meines Vaters tut.» Also nicht, wer um ihn weiss (Theologie), sondern wer ihn tut. Folglich liegen die Grundlagen primär in persönlichen Entscheidungen und nicht in Zugehörigkeiten, Vertretungen oder Lippenbekenntnissen.

Dabei ist auch spannend, was im finalen Buch der Bücher, der Offenbarung, geschrieben steht. Es gibt uns Einblick in die uns erwartende Welt – nicht einfach, aber spannend. Auffallend ist, dass allen sieben christlichen Gemeinden in den Sendschreiben, egal welcher Ausprägung und Ausrichtung, dieselbe Voraussetzung gilt, um das Ziel zu erreichen: «Wer überwindet». Also ohne Überwindung kommen wir nicht ans Ziel. Aber was bedeutet eigentlich «Überwindung»?

Überwindung bedeutet, das zu tun, was mir nicht behagt, was ich mir nicht zutraue; mich dem zu stellen, dem ich normalerweise aus dem Wege gehe etc. In der Sprache Kanaans sprechen wir diesbezüglich von unserem Fleisch. Im Alten Testament wurde Fleisch von Tieren geopfert, im Neuen unser eigenes. Hier endet sehr oft die Nachfolge, da es ab hier kostet. Diese tägliche Opferung unseres eigenen Fleisches beinhaltet die Bestätigung meines persönlichen Todes und gleichzeitig das Leben Gottes in mir. Diese Beziehung kann natürlich nur gelebt werden, wenn ursprünglich ein klarer Herrschaftswechsel stattgefunden hat, sonst ist es eine Tortur.

Wenn hier also von Überwindung die Rede ist, dann redet Gott nicht von einer bestimmten Situation, sondern von einem Lebensstil, der nur aus und mit ihm möglich ist. Persönlich hat sich in mir, als ich für das Präsidium der EDU Schweiz angefragt wurde, alles dagegen gesträubt. Als Gott mir aber die gewünschten drei Zeichen als Bestätigung allesamt gegeben hatte, war es für mich klar, dass ich diesen Weg gehen werde.

In diesem Sinne möchte ich alle Leserinnen und Leser ermuntern, sich zu überwinden, bei den kommenden Wahlen wählen zu gehen und andere zu ermutigen, dasselbe zu tun. Wenn jeder seine Verantwortung vor Gott wahrnimmt, können wir viel erreichen und Gottes Werk vorantreiben. Es geht auch hier nicht darum, wie ich mich dabei fühle, sondern ob es richtig ist vor dem, der mir alles gegeben hat! ●



Setzen wir uns für den Bargelderhalt ein!

Es ist bequem und verlockend, nicht mehr dafür sorgen zu müssen, genügend Bargeld dabei zu haben. Und doch sind die Folgen einer Abschaffung weitreichender als vielen Menschen bewusst sein dürfte.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) schaffen Tatsachen mit der vorgesehenen Abschaffung der Billettautomaten bis im Jahr 2035. Allgemein ist der Digitalanteil bei Einzeltickets innert vier Jahren von einem auf zwei Drittel gestiegen. Die BLS (ehemals Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn), eines der grössten Schweizer Verkehrsunternehmen, will ihre 200 bargeldtauglichen Fahrkartenautomaten sogar schon ab dem Jahr 2025 abgebaut haben. Drei Monate lang hatte sie bis im Juli 2021 an vier Automaten kontakt- und bargeldlose Tests durchgeführt. Danach gab es unterschiedliche Verlautbarungen zur Akzeptanz. Grundsätzlich sind die Argumente, dass die «Tresorschränke» zu teuer seien – und bis im Jahr 2035 würde ohnehin kaum mehr jemand mit Bargeld bezahlen. Die kriminellen Sprengungen könnten ebenfalls ein Argument sein.

Digitalgeld ist teuer und macht abhängig

Die Händler erheben für die Nutzung der Kartenlesegeräte Gebühren und dies bei jeder Transaktion. Der Kunde bezahlt für die EC/Kreditkarte bei jeder Zahlung und auch für die Kontoführung der Banken. Kann man nicht mehr auf Bargeld ausweichen, können die Gebühren noch leichter angehoben werden. Weiter ist die Versuchung für manche

Menschen grösser, mehr Geld auszugeben, wenn sie nicht durch den Inhalt des Geldbeutels limitiert sind und damit eher den Überblick haben. Versuche kann schneller nachgegeben werden.

Funktionieren Karte oder Handy nicht mehr oder bricht gar die elektronische Infrastruktur zusammen, sind die Bürger ausgeliefert und können nichts mehr kaufen oder verkaufen. Ohne Bargeld sind wir alle verletzlicher, missbrauchsanfälliger und abhängiger.

Machtmissbrauch

Wenn Banken ins Strudeln kommen, ist man ohne Bargeld total ausgeliefert. Ein Bankenrun wäre nicht mehr möglich. Staaten können sich leichter an unserem Geld bedienen, um es zur Finanzierung von Kriegen, zur Rettung der Banken, zur Stützung der Wirtschaft oder für anderes zu verwenden. Bei bargeldlosen Transaktionen wird zudem ersichtlich, wofür wir unser Geld ausgeben, was einer flächendeckenden Kontrolle und Überwachung, also einer Finanzdiktatur, den Weg bereiten könnte. Missliebige Politiker und Unternehmer könnten diffamiert und erpresst werden, je nachdem, was sie eingekauft oder welche Gruppierungen und Vereine sie unterstützt haben. Von einer Bargeldabschaffung profitieren fast alle globalen Konzerne, Institutionen und Regierungen – nur nicht die Bürger.

Ihre Macht könnte zementiert und fast grenzenlos ausgeweitet werden. Zudem könnten Negativzinsen zur Regel werden.

Die Abschaffung ist im Gange

Seit Ende 2019 gibt es in Italien ein Verbot für Barzahlungen ab 1'000 Euro. Per Anfang 2019 schaffte die Europäische Zentralbank (EZB) die 500 Euro-Note ab. Die EU-Staaten einigten sich im Dezember 2021 zu einer Bargeldobergrenze von 10'000 Euro. Bereits 18 Mitgliedsländer untersagen Barzahlungen ab bestimmten Beträgen. In Griechenland liegt die Obergrenze aktuell bei 500 Euro. Trotz der 10'000 Euro-Obergrenze der EU können die einzelnen Länder tiefere Maximalbeträge beschliessen. Bereits in jedem sechzehnten Geschäft in grösseren Städten in den Niederlanden bestehen Einzelhändler auf Kartenzahlung. Eine deutsche Elektronikette hat zu Beginn dieses Jahres das Bargeld aus 40 Läden bundesweit verbannt. Bargeldzahlungen nehmen rasant ab. Die Corona-Pandemie beschleunigte diese Entwicklung noch. Schweden und China stehen kurz vor einer Bargeldabschaffung. Italien belohnt seine Bürger, wenn sie digital bezahlen. Allgemein wird in Europa die Bargeldabschaffung stärker diskutiert.

Scheinargumente

Immer wieder betonen Regierungen, dass insbesondere Missstände wie Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft mit der Bargeldabschaffung unterbunden werden könnten. Gleichzeitig weiten sich vielfältige kriminelle Machenschaften in Rahmen des digitalen Zahlungsverkehrs aus. Der amerikanische Kreditkartenkonzern Mastercard versucht sogar, Bargeld im Bewusstsein der Bevölkerung als unhygienisch und gesundheitsgefährdend zu verankern.

Vorteile des Bargeldes

Freiheit, ein freies Leben in einer freien Gesellschaft, ist eng verbunden mit einem freien Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel. Das gibt Sicherheit. Unser Geldsystem ist auf Vertrauen aufgebaut. Damit eng verbunden ist die Möglichkeit, das eigene Bankguthaben jederzeit abzuheben und in Bargeld einzulösen. Deswegen müssen sich die Banken um uns Kunden bemühen, damit wir ihnen unser Geld anvertrauen und nicht abziehen. Eine weltweite Kontrolle wird durch die verschiedenen Währungen erschwert. Die Politik muss die Bürger mehr über ihre Vorhaben informieren und mitbestimmen lassen, solange ihr Zugang zu unseren Vermögen erschwert ist. Bargeld hat einen intimen Charakter: direkte Zuwendungen und Spenden an Veranstaltungen sind unkompliziert und bleiben Privatsache.

Kinder und Jugendliche entwickeln eher einen wirklichkeitsbezogenen und verantwortungsvollen Umgang mit Bargeld, wenn sie von uns direkt als Sackgeld Scheine und Münzen in die Hand bekommen, diese als Besitz aufbewahren und ausgeben können.

Was können wir tun?

Digitaler Zahlungsverkehr macht Sinn bei nicht persönlichen Kontakten. Doch bei Einkäufen vor Ort sollten wir dem Bargeld den Vorzug geben. Damit zeigen wir, dass wir Bargeld bevorzugen, schätzen und gerne verwenden. Sollte in einem Geschäft nur noch mit der Karte oder über Twint bezahlt werden können, sollten wir ganz bewusst auf den Kauf verzichten und dies auch sagen. Unternehmer werden sich genau überlegen, ob sie auf die Bargeldzahler verzichten wollen, wenn es davon noch genügend gibt. Auch, wenn wir gefragt werden, ob wir mit Bargeld oder Karte bezahlen, können wir bewusst dem Bargeld den Vorzug geben und dies auch kurz erklären. Ich hatte schon manches Mal ein gutes Gespräch, wenn ich noch nachschob, weshalb ich es so wichtig finde, mit Bargeld zu bezahlen. Viele Menschen haben sich die Signale und Auswirkungen noch nie überlegt, die es hat, ob sie mit oder ohne Bargeld bezahlen. Wir können auch einen Brief oder ein Mail schreiben und mitteilen, weshalb wir nicht mehr Kunde von einem Geschäft sein wollen, wenn dieses die Möglichkeit des Bezahlers mit Bargeld abschafft. Geschäfte könnten zudem Barzahlungen mit einem Rabatt belohnen.

Wird das Bargeld in den deutschsprachigen Ländern abgeschafft, dürfte dies zum Signal für eine rasche weltweite Abschaffung werden. In der Schweiz kann das Volk auch die zweite Bargeldinitiative unterstützen und später zweimal Ja sagen zum Bargelderhalt. ●

➔ www.bargeldverbot.info

➔ www.ichzahlebar.ch





Neutrale Schweiz – wertvoll für die Weltgemeinschaft

Der Arzt und Unternehmer Dr. Stephan Rietiker hat als politischer Quereinsteiger das Präsidium der neu gegründeten Organisation «Pro Schweiz» übernommen, der Nachfolge-Vereinigung der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)». Was er mit «Pro Schweiz» vor hat und was die Neutralitätsinitiative bezweckt – darüber haben wir uns mit Herrn Dr. Rietiker unterhalten.

Die Fragen stellte Anian Liebrand

«Standpunkt»: Herr Dr. Rietiker, Sie verfügen über einen beträchtlichen Leistungsausweis in der Privatwirtschaft. Was hat Sie dazu bewogen, in die Politik einzusteigen und das Präsidium von «Pro Schweiz» zu übernehmen?

Dr. Stephan Rietiker: Ich bin bisher nie politisch aktiv gewesen und habe mich auf meine beruflichen Ziele und die Familie konzentriert. Während der Covid-Pandemie wurde mir bewusst, dass sich gerade Leute engagieren sollten, die unabhängig sind. So bin ich über meinen Schatten gesprungen, habe mich öffentlich zu Wort gemeldet und das schlechte Management unserer Behörden angeprangert. So reifte in mir auch der Gedanke, mich auch in anderen wichtigen Sachfragen überparteilich zu engagieren und dem Land etwas zurückzugeben, das mir sehr viel gegeben hat. Als Christoph Blocher mir das Präsidium von Pro Schweiz anbot, musste ich nicht lange überlegen und griff zu ...

Warum wurde «Pro Schweiz» als frische Organisation gegründet und was sind deren Ziele?

Es war das Ziel, die AUNS, die «Unternehmervereinigung gegen den EU-Beitritt» und das «Komitee EU-No (gegen den schleichenden EU-Beitritt)» zu

vereinigen, um die Kräfte neu zu bündeln. Pro Schweiz sieht sich als überparteiliche Organisation mit dem Ziel, die bewaffnete Neutralität, Souveränität, Sicherheit, Freiheit und den Wohlstand der Schweiz langfristig zu sichern. Wir möchten gerade die Jugend und Bürgerinnen und Bürger aus dem bürgerlichen Lager ansprechen, stehen aber auch Andersdenkenden offen, die unsere Werte teilen. Wir treten ein für einen offenen Diskurs und wenden uns gegen jede Form der Zensur oder anderweitige Einschränkungen der Freiheit.

«Pro Schweiz» hat die Neutralitätsinitiative lanciert [ein Unterschriftenbogen liegt dieser «Standpunkt»-Ausgabe bei, d. Red.]. Worum geht es bei dieser Initiative?

Ich muss korrigieren: das Neutralitäts-Komitee unter der Leitung von Nationalrat Walter Wobmann hat die Initiative lanciert. Ich selber gehöre dem Initiativkomitee an. Bei der Initiative geht es darum, die bewaffnete Neutralität in der Bundesverfassung zu verankern, um inskünftig jegliche Form von Verwässerung seitens der Politik zu verhindern. Die Initiative stärkt dem Bundesrat den Rücken, um unsere Trümpfe einerseits im Angebot einer Verhandlungsplattform in Konfliktsituationen und

andererseits im Rahmen humanitärer Hilfe wirksam auszuspielen. Letztere kommt gerade im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt in ausgeprägter Form zum Tragen.

Die Schweiz ist seit 2002 Mitglied der UNO und seit 2022 im UNO-Sicherheitsrat. Hat die Schweiz in Tat und Wahrheit ihre Neutralität nicht längst aufgegeben? Müsste die Neutralitätsinitiative infolgedessen nicht in diesen Bereichen ansetzen, um die Neutralität wieder vollständig herzustellen?

Der Einsitz in der UNO ist sicher nicht immer ganz unproblematisch, aber solange unsere bewaffnete Neutralität als solche von der Weltgemeinschaft wahrgenommen und akzeptiert wird, sind wir im grünen Bereich. Im Rahmen des Ukraine-Konflikts haben wir mit der Übernahme der Sanktionen unsere Neutralität gegenüber Russland in skandalöser Art und Weise preisgegeben. Das Volk will nicht, dass der Bundesrat Machtpolitik betreibt, sondern der Bundesrat soll das Volk schützen und den Wohlstand langfristig sichern. Die Neutralitätspolitik ist immer auf den Ernstfall ausgerichtet: im Ernstfall ist für den neutralen Staat das «Gut-Böse»-Denkschema ausser Kraft gesetzt, denn nur so kann man neutral sein. Neutralität ist kein Ausdruck von Feigheit oder Opportunismus, sondern ganz im Gegenteil: Neutralität ist Ausdruck von Stärke mit dem Ziel der Friedensförderung und Friedenssicherung. Hier kann die Schweiz einen wesentlichen Beitrag für die Weltgemeinschaft leisten!



2021 hat der Bundesrat die Bemühungen um ein «Rahmenabkommen» mit der EU auf Eis gelegt. Werden die Forderungen nach einer «institutionellen Anbindung» der Schweiz an die EU Ihrer Ansicht nach wieder Auftrieb erhalten? Und warum wehrt sich «Pro Schweiz» so vehement gegen ein EU-Rahmenabkommen?

Aus Schweizer Sicht besteht eigentlich – abgesehen von der unkontrollierten Zuwanderung in die Schweiz – kein echter Handlungsbedarf für neue Verträge. Die EU hat eine Drohkulisse aufgebaut, gebärdet sich diplomatisch ungeschickt und verstösst mit einigen Handelshemmnissen gegen unsere vertraglichen Abmachungen. Wir müssen darauf pochen, dass diese minuziös eingehalten werden oder aber unsere hohen Zahlungen einstellen oder zumindest kürzen. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er unsere Position auf Augenhöhe in partnerschaftlicher Art und Weise einbringt. Wir akzeptieren keine Befehle aus Brüssel. In diesem Sinn werden wir dem Bundesrat unsere «roten Linien» in einem offenen Brief nochmals verdeutlichen: im Wesentlichen geht es darum, dass wir keine EU-Gerichtsbarkeit in letzter Instanz und keine Beschränkung unserer direkten Demokratie – in welcher Form auch immer – akzeptieren werden. Aufgrund der geopolitischen Entwicklungen und der sich verschiebenden Marktpotenziale muss die Schweiz sich nicht nur auf die EU, sondern auf die eigentlichen Wachstumsmärkte der Zukunft ausrichten und strategische Partnerschaften mit denselben anstreben. ●

Zur Person:

Dr. Stephan Rietiker, geboren 1956 und aufgewachsen in der Schweiz und den USA, promovierte 1982 an der Universität Zürich in Medizin. Der Unternehmer und Arzt führte mehrere grosse Firmen und verfolgt heute schwerpunktmässig Projekte mit Bezug zu «Digital Health». Seit 2022 amtiert er als Präsident von «Pro Schweiz».

➔ www.proschweiz.ch

➔ www.neutralitaet-ja.ch

Freiheit oder Totalüberwachung?

Der Kollaps der Credit Suisse dürfte ein Vorbote der nächsten Finanzkrise sein. Einige Regierungen werden wie bei Covid-19 die Gelegenheit beim Schopf packen, um Kontrolle und Überwachung zu auszubauen. Der Kampf um Freiheit im digitalen Raum geht in eine entscheidende Phase – doch es gibt Hoffnung!



Samuel Kullmann, Grossrat EDU BE

Warnung vor CBDCs

Die meisten Staaten sind dabei, sogenannte CBDCs («Central Bank Digital Currencies» oder digitales Zentralbankgeld) zu entwickeln. Gemäss «Atlantic Council» befinden sich ca. 70 Länder im Forschungs- oder Entwicklungsstadium und fast 30 Notenbanken haben Pilotprojekte gestartet oder umgesetzt. Digitales Zentralbankgeld ist programmierbar und könnte Regierungen eine nie dagewesene Kontrolle über das Geld und das (Konsum-)Verhalten der Bürgerinnen und Bürger geben – zum Beispiel in folgenden Bereichen:

- Überwachung jeder Transaktion.
- Die Nutzung des *Wallets*, also des digitalen Portemonnaies auf dem Handy, kann jederzeit eingeschränkt oder blockiert werden.
- Bussen und sonstige Strafen können automatisch vom Konto abgebucht werden.
- Negativzinsen von z.B. minus 5 Prozent (die Schweizerische Nationalbank SNB macht sich bereits seit 2015 dazu Gedanken).
- Geld kann mit einem Ablaufdatum versehen werden, um den Konsum anzukurbeln.
- Ausgabenbefugnisse werden an eine CO₂-Limite gebunden.

Der Betrug des Fiat-Geldsystems

So weit muss es nicht kommen. In der Schweiz haben wir mit der direkten Demokratie besondere Möglichkeiten, um den schlimmsten Auswüchsen entgegenzuwirken. Doch 80 Prozent der Menschheit lebt in Ländern mit eingeschränkten Freiheitsrechten und/oder zweistelliger Inflation. Für diese Menschen stellt digitales Zentralbankgeld eine besonders grosse Gefahr dar.

Das Geldsystem wurde immer wieder missbraucht. In den letzten 50 Jahren betrug das durchschnittliche Geldmengen-Wachstum 30 Prozent pro Jahr (CH: 7 Prozent pro Jahr). Dies bedeutet, dass die Menschen im Schnitt jährlich um 30 Prozent ihrer Ersparnisse in den Landeswährungen enteignet wurden. Länder wie Venezuela, Libanon, Argentinien oder die Türkei führen die Rangliste an.

Gold und seine Achillesferse

Ist man diesen Entwicklungen hilflos ausgeliefert? Nein! Über Jahrtausende haben sich Silber und Gold bewährt, um sich vor den Konsequenzen der verfehlten Ausgabenpolitik der Herrschenden zu schützen. So gut und nützlich Edelmetalle sind, hatten sie jedoch eine Schwachstelle: Obschon sie Ersparnisse über die Zeit erhalten haben, ist es aufwändig, sie über grosse Distanzen zu transportieren. Dies führte dazu, dass Gold in Geschäfts- und Notenbanken zentralisiert wurde, was wiederum dem Missbrauch durch Regierungen Tür und Tor öffnete. So war der private Goldbesitz in den USA zwischen 1933 und 1974 verboten. Trotzdem war der Gold-Standard im Jahr 1971 zu Ende, als US-Präsident Nixon die Golddeckung des US-Dollars «temporär» aufhob und damit das Experiment des ungedeckten Fiat-Geldsystems startete.

Privatsphäre verteidigen

Die Cypherpunks [*gebildet aus CIPHER (englisch für: Chiffre), Cyber und Punk, d. Red.*], eine Gruppe von IT-Spezialisten und Datenschützern, realisierten früh, dass mit dem Internet die Totalüberwachung des «gläsernen Bürgers» drohte:

«Wir können nicht erwarten, dass Regierungen, Unternehmen oder andere grosse, gesichtslose Organisationen uns aus Gutmütigkeit Privatsphäre gewähren. (...) Wir müssen unsere eigene Privatsphäre verteidigen.»

Manifest eines Cypherpunks (1993)

Erfolglos versuchten die Cypherpunks, ein digitales Geld zu entwickeln, das die Freiheit des Individuums stärken und die Privatsphäre schützen würde. Immer wieder scheiterten sie an dem Problem, dass jedes Geld von sündhaften und korruptionsanfälligen Menschen zentral verwaltet werden muss, um Betrug zu verhindern. Wie beim Gold schien es unmöglich zu sein, das Problem der Zentralisierung zu lösen.

Der technologische Durchbruch des Jahrhunderts

Als kaum jemand mehr an die Lösung des Problems glaubte, veröffentlichte im Oktober 2008 – auf dem Höhepunkt der Grossen Finanzkrise – eine anonyme Person einen genialen Lösungsvorschlag. Auf nur neun Seiten beschrieb Satoshi Nakamoto, wie Bitcoin,



KANTON ZÜRICH

Wort des Präsidenten



Stefan Dollenmeier

Präsident EDU Kanton Zürich, ehem. EDU-Kantonsrat und Fraktionschef, Rüti

Kraft empfangen

Wer möchte das nicht? Kraft empfangen! Manchmal fühlen wir uns kraftlos, müde, am «Anschlag».

Ist es der Zahn der Zeit, der an uns nagt?

Ja, wir werden nur bis zu einem gewissen Alter stärker. Aber dann – zuerst langsam, dann immer spürbarer – beginnen die Kräfte zu schwinden.

Zum Glück hat uns Jesus bei seiner Himmelfahrt eine andere, «überirdische» Kraft verheissen: Ihr

werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen (Apg 1,8). Und das Schöne an dieser Kraft: Sie wird besonders in den Schwachen mächtig, wie es in 2. Kor 12,9 heisst.

Seine Kraft und Seine Weisheit brauchen wir auch in der EDU. Bitte beten Sie für alle Entscheidungsträger, dass wir uns auf Seine Gaben und nicht auf die eigene Kraft verlassen! ●

Mein Standpunkt



Bruno Zürcher

Vorstand EDU Bezirk Horgen, Wädenswil

Nein zum Klimagesetz

Als Gebäudetechniker und Mitarbeiter eines Energieversorgers beschäftigen mich die Fragen zur Versorgungssicherheit. Bei der Annahme der Energiestrategie im Jahr 2017 wurde uns versprochen, dass wir mit Wind- und Sonnenenergie künftig die Fossilen und die Kernenergie ersetzen können. So sollen wir unabhängig vom Ausland werden. Doch falls die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, können wir den benötigten Strom einfach importieren? Das neue Klima-Gesetz will den Bundesrat verpflichten, innert 10 Jahren mit maximal 2000 Millio-

nen Franken Fördermitteln, den Individualverkehr zu elektrifizieren und die Heizsysteme auf Holz oder Wärmepumpen umzubauen. Unsere deutschen Nachbarn, welche massiv in «Erneuerbare» investiert haben, bezahlen inzwischen die höchsten Strompreise in Europa und sind immer noch auf Kohlekraftwerke zur Stromproduktion angewiesen. Ich sage deshalb Nein zum Klimagesetz: Es verschandelt nur unsere Landschaft und bringt keine jederzeit sicher verfügbare und bezahlbare Energie. ●



Klimaschutzgesetz: NEIN

Es scheint, dass das Klimaschutzgesetz mit aller Macht und allen Mitteln durchgeboxt werden soll. Die aktuellen medial wahrnehmbaren Kampagnen laufen nur in die JA-Richtung.



Jan Leitz

Stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Googelt man «Klimaschutzgesetz nein Argumentation», erscheinen auf der ersten Seite nur Resultate, die die JA-Stimmen pushen. Auch in den sozialen Medien sind die Inserate für ein JA erdrückend. Die Medien sind voll von der JA-Seite. Komisch, oder? Ähnlich wie bei Corona scheint hier nur eine Meinung zulässig zu sein und nur eine Meinung kolportiert zu werden. Es ist also dafür gesorgt, dass die Ja-Argumente allgegenwärtig sind.

Wieso ist die EDU dagegen?

Das JA kommt von der gleichen Seite, die im nördlichen Nachbar im Namen des Umweltschutzes Braun- und Steinkohle verstromt und somit für eine noch nie dagewesene negative (!) CO₂-Bilanz verantwortlich ist. Die gleiche Seite fordert hier den Atom-Ausstieg (CO₂-neutrale Energie), nur um die durch diese Strategie entstehenden Lücken in der Stromversorgung per Import von französischem Atom-Strom zu stopfen.

Das JA kommt von der gleichen Seite, welche unsere Landschaft mit Windrädern zubetonieren will. Windräder, welche massenweise Vögel und Insekten zerschreddern und einen enormen Ressourcen-Verbrauch vorweisen:

Eine Windkraftanlage benötigt 80 Tonnen Stahl (Leopard 2 Panzer: 62 Tonnen). Der Energieverbrauch zur Herstellung einer Tonne Rohstahl beträgt 17.9 Gigajoule – m.a.W.: Der Jahresenergieverbrauch von 80 Vier-Personen-Haushalten wird allein für die Herstellung der Stahlkomponenten benötigt, bei welcher zudem 1.34 Tonnen CO₂ erzeugt wird. Dazu kommen pro Windkraftanlage 40 Kubikmeter Balsaholz, was mindestens 40 Balsa-Bäumen entspricht. Nebst dem enormen Flächenverlust durch das notwendige Stahl-/Beton-Fundament kommt noch das Innenleben einer Windkraftanlage: Seltene Erden, Elektronik, Permanentmagnete und 30 Tonnen Kupfer gehören da dazu. Eine vernünftige Nutzung der Windenergie, wie bspw. Vortex Bladeless, wird dagegen nicht diskutiert.

Verbote und Einschränkungen

Weiter spricht gegen das Stromfresser-Gesetz und damit für ein deutliches NEIN das Ziel des Gesetzes: Der Bundesrat muss, um dieses zu erreichen, die Nutzung von Benzin, Diesel, Heizöl und Gas massiv einschränken – womöglich einmal mehr via Notrecht – was eine starke Steigerung des Strombedarfs und eine enorme Energie-Verteuerung bewirken. Bestens funktionierende Öl- und Gasheizungen müssen durch «klimafreundliche» Systeme ersetzt werden. Wir können effektiv nach Norden schauen und sehen, was ein Ja für Folgen hat. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen! Das Stromfresser-Gesetz hat indes keinen Effekt aufs Klima. Der weltweite Anteil des Schweizer Ausstosses an CO₂ beträgt gerade Mal 0.1-0.2%. Ausserdem steht die Schweiz bezüglich Energieeffizienz und CO₂-Ausstoss bereits sehr gut da – auch ohne Pariser Klimaabkommen.

Das Stromfresser-Gesetz führt zu Verboten von Benzin- und Dieselautos, Ölheizungen und Kernenergie-Anlagen. Die Befürchtungen auf CO₂-Zertifikate (Smart-Meter) mit Einfluss auf Konsummöglichkeiten sind real. Zwangssanierungen von Wohneigentum, staatliche Einschränkungen bei Nutzung von Internet-Angeboten, keine Klimaanlage in ÖV im Sommer oder Heizung im Winter – usw.

Und warum? Weil die seit einem halben Jahrhundert verteilte saubere Atomkraft auf Biegen und Brechen abgeschafft werden muss. Doch ist das vernünftig? Schauen wir mal auf das Land, das zwei Atombomben und eine AKW-Katastrophe hinter sich hat: Japan verfügt über 33 AKWs (Bevölkerung ca. 125 Mio) – und niemand macht sich Sorgen.

Die Angstmacherei muss aufhören! Zurück zu sauberer, sinnvoller Energie! Weg vom linksgrünen Klimakleber-Ökoterror. NEIN zum Stromfresser-Gesetz am 18. Juni! ●



Covid-19-Gesetz nicht verlängern

«Schon wieder über das Covid-19-Gesetz abstimmen. Ist das nicht 'ne Zwängerei? Wieso überhaupt? Wir sind ja jetzt wieder frei und nicht mehr eingeschränkt.» Ein Nein zur Verlängerung ist die einzig richtige Entscheidung.

Jan Leitz

Stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Mit Corona passierte etwas in der Schweiz, was wir uns nie hätten träumen lassen. Es war nur eine Meinung akzeptabel. Teilete man diese nicht, folgten Diskriminierung und Dehumanisierung. Man wurde als Schwurbler abgestempelt – sollte gar optisch gekennzeichnet werden (Jürg Grossen, glp). Es hat sich aber gezeigt, dass die Zertifikate nutzlos sind und nur diskriminieren. Ein Gesetz für nutzlose Zertifikate braucht es nicht. Diskriminierung? Braucht es nicht! Unsere Gesellschaft wurde wie nie zuvor gespalten, Grundrechte extrem eingeschränkt, Andersdenkende bestraft.

Unwirksame Massnahmen – viel Leid

Der Bund hat nun endlich eingesehen, dass die «Pandemie» beendet ist, weshalb es auch keinen Grund mehr gibt, das Covid-Gesetz zu verlängern. Solange es jedoch noch da ist, können jederzeit wieder massive undemokratische Grundrechtseingriffe angeordnet werden. Wir dürfen unsere Omas und Opas nicht mehr im Altersheim besuchen. Sie müssen einsam sterben. Eine Beerdigung: Auch verboten. Und wozu? Alle Massnahmen haben nichts gebracht, ausser seelisches Leid und Einsamkeit.

Das Covid-Gesetz wurde am 16. Dezember 2022 verabschiedet und trat bereits am 1. Januar 2023 in Kraft und hob somit Volksrechte auf. Und wozu? Für nichts. Wir haben ausreichende gesetzliche Grundlagen für solche Situationen: Das bisherige Epidemiegesetz reicht für den Schutz der Bevölkerung völlig aus.

Notrecht ohne Not ist einfach nur falsch. Und was machen wir? Nach dem Corona-Notrecht folgte das CS-Notrecht und als nächstes kommt das Klima-Notrecht. Wir dürfen die politische Elite nicht damit durchkommen lassen. Der Bundesrat muss erkennen, dass er mit uns nicht so umgehen kann,

wie andere Regierungen mit ihren Untertanen. Was wurde uns nicht alles versprochen oder von uns verlangt? Keine Maske, doch Maske, zwei Masken, Stoffmasken, doch keine Stoffmasken ... Die Impfung verhindert eine Ansteckung – äh nein, aber sie sorgt für einen milden Verlauf und verhindert weitere Übertragungen – äh, auch nein: Pfizer-Managerin Janine Small hat vor dem Europäischen Parlament zugegeben, dass die mRNA-Impfstoffe nicht vor Ansteckung und Weiterverbreitung schützen. Dasselbe räumte EU-Impfstrategie Wolfgang Philipp ein. Und in der Schweiz bestätigte Virginie Masserey, die damalige Leiterin der Sektion Impfkontrolle im Bundesamt für Gesundheit (BAG): «Geimpfte können das Virus genauso weiterverbreiten wie Ungeimpfte.» Am 23. Januar gestand Christoph Berger, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Impffragen im Tages-Anzeiger ein, «dass wir die Übertragung mit der Impfung nicht beeinflussen können». Was sich bis jetzt gezeigt hat: Die Massnahmen sind evidenzfrei und haben sich nicht bewährt. Die Massnahmen richteten grosse Schäden an: Viele Betriebe mussten schliessen. Existenzen wurden vernichtet. Die unverhältnismässigen Massnahmen haben besonders auch jungen Menschen schwere gesundheitliche Schäden zugefügt.

Ein Nein heisst: Man kann sich weiterhin impfen und testen lassen. Aber es wird keinen Ausschluss aus der Gesellschaft, keine Lockdowns und keine Diskriminierung aufgrund willkürlicher, nicht evidenzbasierter Massnahmen mehr geben. KMUs und Vereine überleben. Eine Spaltung der Gesellschaft wird nicht mehr möglich sein.

Wer jetzt noch unsicher ist: Dass die Jungfreisinnigen ihre Ja-Parole in den Räumlichkeiten von Pfizer nach einer Info-Veranstaltung dieser Firma gefasst haben, sagt eigentlich alles! ●





Nein zum Mindestlohn

In Zürich und Winterthur stimmt das Volk über den Mindestlohn ab. «Mindestlohn kostet Jobs», meint die EDU. Denn gerade für wenig qualifizierte Personen wird der Mindestlohn zum Jobkiller. Das darf nicht sein.



Daniel Suter

Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

In der Stadt Zürich will die linke Parlamentsmehrheit einen Mindestlohn von 24 Franken pro Stunde einführen, beziehungsweise 26 Franken, inklusive Ferienentschädigung. Das sind bei einer 100%-Anstellung rund 4'000 Franken pro Monat. In Zürich dürften 17'000 Personen betroffen sein, die im Tieflohnbereich tätig sind.

In Winterthur will der linke Stadtrat einen Mindestlohn von 23 Franken. Das Stadtparlament sagt nein. Auf Winterthurer Stadtgebiet wären etwa 3'600 Personen betroffen, die etwa in der Reinigung, in der Gastrobranche oder im Detailhandel arbeiten.

Mindestlöhne kosten Jobs

Mindestlöhne kann man vergleichen mit einer Leiter, der die untersten Sprossen – die Jobs im Tieflohnbereich – abgesägt wurden. Mindestlöhne verhindern, dass wenig qualifizierte Personen in den Arbeitsmarkt einsteigen und sich weiterentwickeln können. Gerade für sie erweisen sich Mindestlöhne als Bären dienst. Denn Stellen für schlechter qualifizierte in kleinen Betrieben werden schlicht und einfach verschwinden. Die Arbeitnehmer werden in die Sozialhilfe abgeschoben.



Bürokratiemonster

Ein kommunaler Mindestlohn – also einer, der nur für Beschäftigten in der Stadt gilt – ist ein bürokratischer Albtraum. So müsste ein Reinigungsbetrieb mit Sitz in Wallisellen oder Seuzach lohnmässig abrechnen, welche Mitarbeiter wie viele Stunden in der Stadt tätig sind. Und das müsste von der Stadt kontrolliert werden, welche dafür die Lohnbuchhaltungen von Firmen durchleuchten muss. Man kann die zusätzlichen Umtriebe und Kosten bei den Betrieben, aber auch bei den Stadtverwaltungen nur erahnen ...

Fazit: Der Mindestlohn taugt nicht zur Armutsbekämpfung, weil der Verlust von Stellen droht. Zudem ist er aufwendig und teuer in der Umsetzung. Bürokratie ist kein Heilmittel für steigende Lebenshaltungskosten. ●



EINLADUNG

zum Wahlauftakt und Nachtessen

Sa, 26.8.2023
Gate 27

Theaterstrasse 27
Winterthur

15 Uhr Lobpreis und Input
Politische Schwerpunkte
Infos und Tipps: Wahlkampf,
Veranstaltungen,
Listenverbindungen
18 Uhr feines Nachtessen
geniessen

Die Nationalratswahlen sind für den Rest dieses Jahres DER Schwerpunkte unserer EDU Kanton Zürich. Durch clevere Listenverbindungen können sich die Verbindenden 1-2 Nationalratssitze sichern – sofern natürlich auch wacker Wahlkampf betrieben wird. Seit 20 Jahren waren die Chancen noch nie besser, als EDU Kanton Zürich wieder in den Nationalrat einzuziehen.



Jan Leitz

Stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Ist das verblendete Fantasterei? Keineswegs! Nebst der laufenden Arbeiten für ein NEIN am 18. Juni zum Covid19- und dem Stromfresser-Gesetz arbeiten wir rastlos mit möglichen Listenverbindungs-partnern zusammen und kreieren unterschiedliche Wahlkampfmaterialien: Plakate, Inserate, Prospekte, Verteil-Strategien, Standorte usw. usw. – das hält uns auf Trab.

Vorentscheidend für die Nationalratswahlen wird der August: Da müssen wir unsere Unterschriften für unsere beiden Listen einreichen – nehmen Sie bitte nochmals den Mai-Standpunkt zur Hand und weibeln Sie für weitere Unterschriften! Danke! Aber auch die Listenverbindungen werden im August offiziell fixiert.

Und dann kommt im August auch noch unser Wahlauftakt in Winterthur: Bitte reservieren Sie sich bereits jetzt den 26. August: Wir wollen dann zusammen einstimmen in den Wahlkampf und den Tag zusammen mit Lobpreis, Ideenaustausch, Freundschaft und Diskussionen verbringen und dann mit einem gemeinsamen Abendessen abschliessen – Details folgen.

Wir freuen uns auf Sie! ●

Nationalratswahlen, da bin ich dabei!

- Unterschriften sammeln für laufende Initiativen
- An Standaktionen teilnehmen
- EDU-Sympathisanten anrufen und zum Wählen motivieren
- Stimmbürger von Tür zu Tür aufsuchen und zum Wählen motivieren
- Besuche in Altersheimen
- Wahlprospekte verteilen (Strasse, Briefkästen etc.)
- Plakate an Strassenrändern aufstellen helfen
- Verteilung von Wahlprospekten durch die Post sponsern
- Plakataushang sponsern
- Mitmachen im Leserbrief-Team

Vorname / Name

Adresse

Mail / Tel.

Coupon ausfüllen und senden an 079 216 03 16 oder per Post:

EDU Kanton Zürich
Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur

Oder gleich hier online:

<https://edu-zh.ch/nrw-2023>



BITTE MELDET EUCH – WIR BRAUCHEN EURE HILFE!



Linksextreme Gewalt – ein Follow-up

Wir hatten die Ausschreitungen von Linksgrün in Berlin in der Silvesternacht schon fast vergessen, da ereilte sie uns hier in Zürich am 1. April – kein Scherz. Wirklich nicht zum Lachen ist dann die Antwort des Zürcher Regierungsrats auf unsere Anfrage betreffend Handlungsbedarf im Kanton Zürich aufgrund linksextremer Gewalt.



Jan Leitz

Stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Nicht nur die EDU störte sich an den linksgrünen Gewaltexzessen vom 1. April und gelangte mit einer Anfrage an den Regierungsrat (Standpunkt Mai 2023), sondern auch Kantonsrat Hans-Peter Amrein (ex-SVP und -Regierungsratskandidat). Dieser reichte zeitgleich mit den EDU-KR eine ähnliche Anfrage an den Zürcher Regierungsrat ein. Die Freude an einer schnellen Reaktion bereits am 19. April und die dadurch geschürte Hoffnung, dass das Problem linksgrüner Gewalt einen hohen Stellenwert zu haben scheint, verflüchtigte sich schnell.

Wieso das? Die Sicherheitsdirektion unter Mario Fehr, welche für diese Anfragen zuständig ist, scheint personell etwas eingeschränkt zu sein – wie auch immer man das interpretieren mag. Denn: Die Fragen 1-4 der EDU Kanton Zürich bzw. 1-3 von Hans-Peter Amrein wurden in Manier von Fließbandarbeit Wort für Wort per copy-paste wiederholt. Ctrl C – Ctrl V – man kann sich sowas nicht ausdenken!

Da haben Bürger – vertreten durch ihre Kantonsräte – ernsthafte Sorgen um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in ihrer linksgrün dominierten Stadt, welche seit Jahren durch Demonstrationen (bewilligt oder «spontan») von Linksgrün aufs Schwerste beeinträchtigt ist – und die Regierung antwortet mit copy-paste und schiebt die Verantwortung ab: Die Stadt Zürich ist zuständig; nicht unser Bier.

Immerhin hat die Stadt Zürich wohl die Antwort des Zürcher Regierungsrats gelesen. Denn es scheint, dass die Stapo dieses Jahr die leider bereits seit langem gewohnten 1.-Mai-Ausschreitungen der linksgrünen Kravallant:innen konsequent nicht gewähren liess und die Agitanten, wo nötig, auch verhaftete.

Was bei solchen Aktionen aus der linksgrünen Ecke so sicher wie das Amen in der Kirche kommt: Die fehlende Distanzierung der linksgrünen Verantwortungsträger. Gälled Sie – Frau Funicello! ●

Schlanker Staat



EDU-Kantonsrat Hans Egli will, dass einfache Stab- und Drahtantennen für Amateurfunker schlanker bewilligt werden können. Aktuell braucht es für das Abspannen eines einfachen Drahtes eine Baubewilligung, die 650 Franken kostet. «Unverhältnismässige Bürokratie», findet Hans Egli, und bittet den Regierungsrat mit ei-

nem Postulat vom 15. Mai, die Bewilligungen im Anzeigeverfahren zu ermöglichen. Bereits früher hat der EDU-Kantonsrat erfolgreich dafür gesorgt, dass Luft-Wasser-Wärmepumpen keine Baubewilligung mehr benötigen. Somit kann der grösste Teil schlank über ein Meldeverfahren abgewickelt werden. Daniel Suter ●



EDU engagiert

Die EDU Kanton Zürich wirkt nicht nur im Parlament. Sie unterstützt und unterstützt auch folgende Initiativen:

- **SRG Initiative:** CHF 200.— Gebühren sind genug. www.srg-initiative.ch
- **Babys retten – Doppeliniziativa:** «Einmal darüber schlafen» und «Lebensfähige Babys retten» www.einmal-darueber-schlafen-initiative.ch
- **Neutralitätsinitiative:** Wahrung der schweizerischen Neutralität. Ja zur fortwährenden bewaffneten Neutralität. www.neutralitaet-ja.ch
- **Kinderschutzinitiative im Kanton Zürich:** Keine Masken, Tests und Abstandsregeln, Isolation und Corona-Impfung. Recht der Eltern, Zustimmung zu Massnahmen zu verweigern. (Leider gescheitert wegen zu wenig Unterschriften.)
- **Bargeldinitiative:** Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können. www.ichzahlebar.ch
- **Giacometti-Initiative:** Volk und Stände entscheiden über dringlich erklärte Bundesgesetze (wie zum Beispiel das Covid-19-Gesetz).
- **Covid-Referendum:** Ausserdem unterstützte die EDU Kanton Zürich Mass-voll, Aufrecht, Freunde der Verfassung und andere Organisationen aktiv bei der Unterschriftensammlung fürs Covid-Referendum: NEIN zu Notrecht ohne Not. Bitte am 18. Juni ein Nein zu dieser Abstimmungsvorlage in die Urne legen.

Schweiz bleibt souverän!

Die Junge EDU unterstützt die Souveränität der Schweiz. Die internationale Zusammenarbeit muss auf Augenhöhe mit anderen Staaten und Organisationen erfolgen. Darum unterstützen wir die Souveränitäts-Initiative.

Die Jungpartei der EDU steht für eine Schweizer Politik ein, die auf eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe baut. Nicht nur die Zusammenarbeit mit anderen Ländern oder Staatenverbänden wie der EU sondern auch supranationalen Organisationen wie der UNO oder der WHO wird grundsätzlich unterstützt, sofern sie auf Augenhöhe mit der Schweiz als Land mit souveräner Gesetzgebung und Rechtsprechung erfolgt. Die Souveränitäts-Initiative wird demnächst lanciert. ●



Timmy Frischknecht
Präsident JEDU



Marcel Wittwer
Vizepräsident JEDU



Hans Müller
Vorstand JEDU und
Nationalratskandidat JEDU ZH



KRISEN WIRTSCHAFT

Schlüssel zur Hilfe & Selbsthilfe

FREITAG
9. JUNI 2023
20:00 UHR Eintritt frei – Kollekte

Ref. Kirchgemeindehaus
Bülach ZH
Grampenweg 5
8180 Bülach

Es lädt herzlich ein
EDU Zürich Unterland

EDU+UDF

Kurt Bühlmann

- Buchautor,
internat. Referent,
Finanzberater in
biblischen Werten.*
- Aufgewachsen am
Zürichsee, seit über
40 Jahren in der franz.
Schweiz wohnhaft.*
- Ausbildung in
Bankwesen, Werbung
und Marketing,
Erfolgreicher
Bauunternehmer.*
- Präsident & Gründer
der Alliance-CH*
- alliance-ch.ch*

Gebetstreffen

- Bülach:** jeweils am 2.+4. Montag im Monat, 20 Uhr:
12.+26. Juni sowie 10.+24. Juli
Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch
Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach
Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93
- Dietikon:** jeweils am 1. Samstag im Monat, 9-11 Uhr:
3. Juni, 1. Juli
Gebetsfrühstück im «Mis Kaffi»,
Bremgartnerstrasse 3, 8953 Dietikon
Info: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91
- Hausen a.A.:** letzter Donnerstag im Monat 19-21 Uhr
29. Juni, 27. Juli, 31. August, 28. September
Gebetshaus, Rigiblickstr. 17, Hausen a. A.
Info: Johanna Feusi, 079 590 36 09
- Männedorf:** mittwochs von 9-10 Uhr (gerade Kalenderwochen)
14.+28. Juni sowie 12.+26. Juli
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43
- Rüti:** erster Donnerstag im Monat um 20 Uhr:
1. Juni, 6. Juli, 3. August, 7. September
ETG Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
Info: Maya Gustavs, 055 240 73 53
- Tösstal:** erster Dienstag im Monat um 9:45 Uhr:
6. Juni, 4. Juli, 8. August
Hohmattring 23 F, 8488 Turbenthal
Info: Ruth Bättig, 052 385 22 72
- Uster:** letzter Donnerstag im Monat, 18:00-19:30 Uhr:
29. Juni, 27. Juli, 31. August, 28. September
Gebetshaus, Buchhaldenweg 11, 8610 Uster
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16
- Wädenswil:** zweiter Freitag im Monat um 19:30 Uhr:
9. Juni, 14. Juli, 11. August, 8. September
Sennhus 4, 8820 Wädenswil
Info: Berti Stocker, 044 781 20 42
- Zürich:** zweiter Mittwoch im Monat, 17:30-18:30 Uhr:
14. Juni, 12. Juli, 9. August, 13. September
Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, 2.Stock, 8001 Zürich
Info: Thérèse Nyffenegger, therese-m@bluewin.ch

«SCHMECKET UND SEHET, WIE FREUNDLICH DER HERR IST.»

PSALM 34,9

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern,
die im Juni 2023 einen runden Geburtstag feiern.

Albert Furrer, Winterthur
Ernst Harr-Hächler, Turbenthal
Peter Studer, Bülach
Michael Matzinger, Eglisau
Annerös Bucher, Dietikon

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Fr. 106'080.- Budget	Es fehlen: Fr. 53'675.-
	Fr. 52'405.- Spenden

**Spenden von
Januar bis
April 2023**

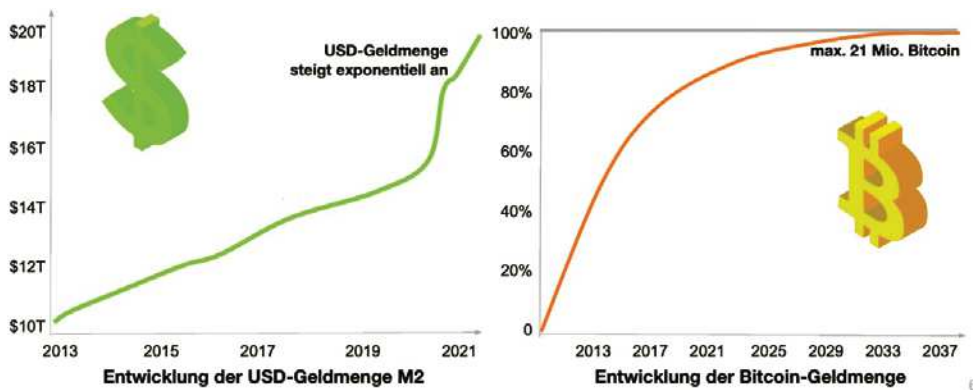
Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Die **Nationalratswahlen** unterstützen Sie direkt über **IBAN CH35 0900 0000 8003 7173 6**. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Impressum

EDU Kanton Zürich
Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur
052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto
Redaktion
Gestaltung

IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6
Daniel Suter, Jan Leitz
Lukas Frey



das **gleichzeitig digital, knapp und dezentral** ist, funktionieren kann.

Viele Leute haben erstmal eine Abwehrreaktion gegen Bitcoin: die grossen Preisschwankungen, der hohe Stromverbrauch und eine Skepsis gegenüber allem Digitalen sind Gründe, die einen auf den ersten Blick abschrecken. In ca. 2'000 Stunden Recherche habe ich mich ausführlich mit der Technologie und den Eigenschaften von Bitcoin beschäftigt. Ich bin zum Schluss gekommen, dass Bitcoin die wichtigste technologische Errungenschaft des 21. Jahrhunderts darstellt.

CBDCs oder Bitcoin?

Nach meiner Einschätzung ist Bitcoin die beste Verteidigung gegen digitales Zentralbankgeld und dessen Gefahren:

- Während im Fiat-Geldsystem die Inflation ausufert, wird es nie mehr als 21 Millionen Bitcoin geben (die in Bruchteile unterteilbar sind).
- Die Nutzung von CBDCs kann eingeschränkt werden, bei Bitcoin muss ich niemanden um Erlaubnis bitten.
- Zentralbank-Guthaben kann man auf Knopfdruck enteignen, Bitcoin-Ersparnisse kann man sogar auswendig lernen, was sie vor Konfiszierung schützt.
- CBDCs ermöglichen im schlimmsten Fall eine Totalüberwachung, Bitcoin ist weitgehend anonym.

Bitcoin wurde entwickelt, damit sich die Menschheit von der Abhängigkeit vom Bankensystem lösen kann. CBDCs übernehmen einen Teil der Bitcoin-Technologie, nur um sie zu pervertieren.

Grosses Potenzial

Bitcoin funktioniert unabhängig vom traditionellen Finanzsystem. Die Dezentralität und der hohe Elektrizitätsverbrauch (welcher der Sicherheit dient), macht Bitcoin zum sichersten digitalen Netzwerk. Im Übrigen ist der Energieverbrauch kaum ein Umweltproblem, da er dort stattfindet, wo Strom besonders günstig oder überschüssig ist.

Während Endabrechnungs-Geschäfte zwischen Banken Tage und Wochen dauern, werden über das Bitco-

in-Netzwerk riesige Beträge innerhalb weniger Minuten endgültig verschickt. Kleinere Beträge lassen sich über das «Lightning Netzwerk» in Sekundenschnelle verschicken, wobei etwa 10- bis 1'000-mal weniger Transaktionskosten anfallen als bei Zahlungen mit Kreditkarte. Diese Tatsache ist für den (internationalen) Zahlungsverkehr sehr interessant, weil man z.B. auch US-Dollars oder andere Fiat-Währungen über das Lightning Netzwerk senden kann – und dabei entsprechend Gebühren spart.

Ein neuer Standard?

Die kommunistische Partei Chinas und andere autoritäre Regierungen haben bereits erfolglos versucht, Bitcoin zu verbieten. Von den Mainstream-Medien und Finanzexperten wurde Bitcoin bereits 500-mal für tot erklärt. Wer sich jedoch die Mühe macht, die Technologie genauer zu studieren, wird feststellen, dass Bitcoin dem traditionellen Bankensystem um Jahrzehnte voraus und überlegen ist.

Vielleicht wird es in zehn bis zwanzig Jahren Banken und Kreditkartenfirmen in ihrer heutigen Form nicht mehr geben – so wie das Smartphone viele analoge Dinge weitgehend ersetzt hat. Der republikanische Senator Rand Paul meint, dass Bitcoin den US-Dollar als Weltreservewährung ablösen kann und seine Kollegin Senatorin Cynthia Lummis sagt: «Thank God for Bitcoin». Es bleibt auf jeden Fall spannend. Ich glaube, dass es sich lohnt, sich mit dem Thema Bitcoin zu befassen, um für die grossen Veränderungen der kommenden Jahre gewappnet zu sein. ●

Quellen-Verweise:

Projektstand CBDCs:

<https://www.atlanticcouncil.org/cbdctracker>

Bitcoin Whitepaper:

https://bitcoin.org/files/bitcoin-paper/bitcoin_de.pdf

Mehr über Bitcoin lernen:

www.Blocktrainer.de

Saifedean Ammous: «Der Bitcoin Standard»

Ijoma Mangold: «Die orange Pille»

Nachhaltige Energieverwendung: Lüftung/Klima!

Während wir im Winter oft die Gebäude heizen, kann es im Sommer zu warm werden und es entsteht das Bedürfnis nach angenehmeren Temperaturen. Was zu jeder Zeit von Bedeutung sein kann: Eine funktionierende Lüftung. Es gibt nicht bloss das Häuschen, das ich lüften kann, wie ich will, sondern auch grössere oder öffentliche Gebäude, die je nach Gegebenheiten technisch belüftet werden müssen.

Beat Reuteler, CDM FH NDS und Masch. Ing. HTL



Das Fenster!

Ein Fenster zu öffnen, ist in vielen Fällen die bei Weitem einfachste und bewährteste Methode, um einen Raum mit frischer Luft zu versorgen. Allerdings ist es nicht immer so, dass dies auch die sparsamste oder effektivste Methode ist. Trotzdem möchte ich nichts dagegen schreiben, denn das tun die Werbeprospekte für jegliche Arten von Lüftungsanlagen zur Genüge. Einer der wichtigsten Vorteile eines offenen Fensters, finde ich jeweils, ist die Möglichkeit, es wieder zu schliessen. Denn damit stoppe ich Durchzug und damit gleichzeitig, je nach Wetterlage und Jahreszeit, auch Energieverlust oder unerwünschte Energieaufnahme des Hauses.

Lüftung in Minergie-Häusern

Gemäss den Bauvorschriften ist es so: Soll ein Haus den Minergiestandard erfüllen, ist eine technische Lüftung nötig. Im Gegensatz zu einem offenen Fenster habe ich hier Vor- und Nachteile. Zuerst einmal eröffnet dies die Möglichkeit der Energie-Rückgewinnung, und dies in beiden Richtungen: Im Winter Wärme im Gebäude zu behalten und im Sommer auf Wunsch Wärme draussen zu halten. Nachteile, die mir spontan in den Sinn kommen: Die Tatsache, dass ohne unmittelbaren Energie-

Einsatz die Lüftung nicht funktioniert. Oder das Risiko von unangenehmen Zugserscheinungen, wenn die Anlage nicht perfekt geplant ist.

Gebäude, die ohnehin belüftet werden müssen

Es gibt sehr viele Situationen, in denen wir gezwungen sind, Räume oder Gebäude zu belüften. Sei es, weil sehr viele Personen im Raum Platz finden sollen, weil wegen Geräuschen, drinnen oder draussen, die Fenster nicht geöffnet werden können und aus vielen anderen Gründen. Wurde in solchen Fällen nur das unbedingt Notwendige vorgekehrt, eine Lüftungsanlage mit Gebläsen, Filtern, Aus- und Einlässen und den dazu nötigen Kanalführungen, dann ist es heute ein Sanierungsfall. Denn das Minimum, was wir in so einem Fall hätten tun sollen, wäre eine Wärmerückgewinnung für den Winter, so dass ich wertvolle Heizenergie nicht mit der Abluft ins Freie befördere. Eine solche kann passiv sein, das heisst, die Abluft gibt sozusagen «im Vorbeigehen» in einem Wärmetauscher einen Teil der Wärme an die kühlere Zuluft ab. Oder sie könnte über einen Kreisprozess forciert werden, so dass die Abluft am Ende kühler ist als die Zuluft vor dem Tauscher war. Im letzteren Fall handelt es sich um eine Luft-Luft Wärmepumpe, die an der Raumheizung beteiligt ist. Diesen Kreisprozess kann man umdrehen, so dass die Lüftungsanlage im Sommer auch zum Kühlen des Raumes genutzt werden kann. Ist diese Einrichtung mit einer Steuerung und Regelung ausgestattet, die auch die Feuchte der Luft beeinflusst, spricht man von einer Klimaanlage.

Was hat das mit Nachhaltigkeit zu tun? Das Passivhaus.

Wird das eben beschriebene Verfahren z.B. kombiniert mit einer Wärmerückgewinnung beim Abwasser und einer entsprechend guten Wärmedämmung der gesamten Gebäudehülle, kann ein Haus ganz auf eine herkömmliche Heizung mit Heizkörpern oder Fussbodenheizung verzichten. In aller Regel geht es dabei um Neubauten und nicht um Sanierungen. Diese Ausführung wird als Passivhaus bezeichnet. So wird der Energieverbrauch sehr tief, was beim Thema Nachhaltigkeit immer dazugehört. ●



Rufmord

Die Würde des Menschen wird von vielen gesellschaftspolitischen Ideen ausgehöhlt und ausgehebelt. Aber nicht nur im Grossen ist es so, es traf in den letzten Jahren auch Einzelne besonders hart.

Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Rufmord ist nach Jesu Worten (Mt 5,21-22) eine Form des Tötens. Dennoch tun Menschen einander genau das an, was sie selber niemals erleben möchten. Rufschädigung hat eine unglaublich zerstörerische Kraft, um Kritik zu unterdrücken.

Bloss nicht auffallen!

Es ist ein Grundbedürfnis des Menschen, dazuzugehören. Kein Mensch kann leben, wenn ihm Anerkennung und Liebe entzogen werden. Mobbing ist schlimm. Instinktiv schützen wir uns, indem wir uns anpassen, und das ist ja auch nicht grundsätzlich falsch. Spätestens aber dann, wenn anderen Schaden zugefügt wird, müsste das Mitlaufen mit der Masse ein Ende haben und wir müssten uns schützend auf die Seite der Geächteten stellen.

Hetze

Es ist einfach, Menschen gegeneinander aufzuhetzen, z.B. mit einem «Narrativ», einer als absolut wahr dargestellten Sichtweise, die von der Mehrheit geglaubt wird. Wer dann widerspricht, wird automatisch zum «Lügner» (oder «Leugner»). Narrative spalten die Bevölkerung, und sie erreichen meist, wozu sie eingesetzt sind. Es ist noch nicht lange her, da musste man sich im Zug von Mitreisenden Dinge anhören wie «Covidiot» oder «Coronaleugner», nur weil man die Maske (nach ihrer Meinung) nicht recht trug.

Die «vier d» im Internet

Einige Mutige traf es ungleich härter, weil sie den Narrativen offen widersprachen. Neben den Mainstream-Medien boten sich vor allem die sozialen Medien als Plattform an, auf der die persönliche Würde und die Existenz Andersdenkender angegriffen und zerstört werden sollte. Dazu braucht es mehr als ein paar private gehässige Kommentare. Eine der Strategien sind die «4 d», die, wie ich hörte, zurückgehen sollen auf den britischen Geheimdienst; dies kann ich nicht nachprüfen, aber dass sie bis heute Anwendung finden, ist offensichtlich: **deny**, **delete**, **disgrace**, **disrupt**.

- **deny**: eine ans Licht gekommene Wahrheit **leugnen** durch falsche Gegendarstellungen.
- **delete**: **löschen**, was wahr ist. Brisante Beiträge verschwanden erschreckend schnell und weltweit vom Netz.
- **disgrace**: Andersdenkende **in Verruf bringen**, indem

man ihnen Dinge in den Mund legt, die sie nie gesagt haben oder ihre Fähigkeiten und Persönlichkeit schlechtmachen (z.B. «unqualifiziert», «irreführend», «unwissenschaftlich» – einfach das Gegenteil der tatsächlichen Tugenden des Betroffenen).

- **disrupt**: Schweigt der Andersdenkende auch dann noch nicht und ist er politisch «gefährlich» genug, kommt ein letztes Mittel in Frage: die **nackte Gewalt** (to disrupt = zerschlagen, zerstören, zertrümmern).

Clemens Arvay

Ein Opfer von Hass und Hetze im Netz ist der österreichische Biologe und Sachbuchautor Clemens Arvay. In einer Sendung von «Servus TV» anfangs März 2023* zeichnete Raphael Bonelli, Psychiater und Freund von Arvay, in wenigen Worten dessen zunehmende Verzweiflung nach. Arvays Ruf wurde in einem medialen Zermürbungskrieg systematisch zerstört, u.a. durch zwei angeblich von ihm stammende Accounts und durch herabwürdigende Wikipedia-Einträge**. Am 18. Februar 2023 nahm sich Clemens Arvay das Leben.

Ich kannte ihn persönlich nicht, bin aber tief betroffen. Ich schätzte seine wissenschaftlich fundierten Beiträge, die bemerkenswert weitsichtig waren.*** Ich bin sicher, die Geschichte wird ihm recht geben. Für ihn kommt es zu spät. ●

* www.servustv.com/aktuelles/v/aa2aenmnuX45rz1yj902/ (Min. 2-7)

** de.wikipedia.org/wiki/Clemens_Arvay, Stand 3.4.2023, Sicherheitskopie bei mir.

*** z.B. seine Einschätzungen zu den Covid-19-Impfstoffen im Herbst 2020, anzuhören unter odysee.com/@Corona-Ausschuss:3/s144de:f (ab 4:29; sowie 0:44).





Ruedi Ritschard, Kolumnist

Ich stehe vor dem Geschäft für Tierfutter und Tierzubehör. Das Schaufenster ist vollgepfropft mit markt-schreierischen Angeboten für Herr und Frau Schweizers Lieblinge. Essen (nicht Fressen), Freizeit, Schlafen, Wellness – das ganze Programm. «Treten Sie ein, lassen Sie sich verzaubern, verwöhnen Sie Ihre besten Freunde!», lese ich an der Türe.

Seit unsere Kinder ausgeflogen sind, leben wir haustierlos und Tierfutter ist kein Thema mehr. Aber wir haben immer noch regelmässig Besuch von tierischen Freunden. Das sind Spinnen in jeder Grösse, Fliegen in jeder Dicke, Mücken in jeder Lautstärke, Käfer in jeder Farbe und andere nicht vertrauens-erweckende Krabbeltiere von unerreichbarer Schönheit ... Dazu natürlich meine bevorzugte Tiergattung – das «Lepisma Saccharina», das Silberfischchen, das Ur-Insekt mit seinem silbergrau-schuppigen stromlinienförmigen Körper. Wirklich niedlich anzuschauen, dieses flügellose, pfeilschnelle Tierchen, das mir im Badzimmer ab und zu Gesellschaft leistet. Es liebt die Wärme und sehr feuchte Luft – genau wie ich. Und deshalb sind wir dicke Freunde, die völlig harmlosen Silberfischchen und ich. Hat gerade jemand eklig gesagt? Völlig zu Unrecht. Denn die kleinen Flitzer sind sogar nützlich. Sie fressen Schimmelpilz, Hausstaubmilben und solches Zeug. Und als besonderen Leckerbissen bevorzugen sie Tapeten, Bücher, jegliche Art von Papier und sogar Briefmarken als Kraftfutter.

Dann trete ich ein in den besagten Tierbedarfsladen. Wwaaau! Bin ich in der Migros oder im Coop? Einkaufswägelchen, Gestelle, Dauerberieselung mit Hintergrundmusik. Aktionen, Dosen, Schachteln, Säcke, Kartons mit Alpengrün-Müsli, Fleisch- und Wurstwaren von allerbesten Qualität. Ich werde in Zukunft meinen Bedarf an Fleisch nur noch hier decken. Gut und günstig, saftig und ohne «Schmutz». Ich lecke mir die Zunge, wie die Katze auf der Dose ... Ich kann der Versuchung nicht widerstehen und schnappe mir

einen Sack mit Chips und der Aufschrift «Kraftfutter für Deinen besten Freund». Wirklich gut! Der Laden ist vollgestopft mit Kraftfutter, sogar für Schlangen und Echsen, für Vögel und Hasen. Es lebe das Kraftfutter. – Und unsere Kühe futtern auch fast nur noch Kraftfutter, ihre Euter sind so riesig, dass die armen Kreaturen kaum mehr laufen können. Breitbeinig, die Euter fast am Boden. Computergesteuerte Hochleistungsmilchmaschinen dank Mais, Raps, Soja und anderem Doping. 10'000 Liter und mehr im Jahr, weniger geht gar nicht. Wer gibt sich schon mit 4'000 Litern zufrieden, wer will schon eine Kuh zwanzig Jahre im Stall «goume»???

Als «Kleintierzüchter» erhielten unsere Tierchen auch Kraftfutter: Die sechs Laufenten schnappten sich alle Schnecken im Garten, die Kaninchen möffelten mit Begeisterung in Milchkaffee eingelegte Brotbrocken, die Meerschweinchen waren glücklich mit frischem Salat und Löwenzahn, und Miggel, der Kater, zeigte uns stolz jeden Tag seine Kraftfuttermaus, bevor er diese mit Haut und Haaren zerkleinerte und gierig verschlang.

Bei «Radio Tell» gibt's auch «Chrafftuetter» – für uns Menschen. Die Sendung heisst wirklich so. «Chrafftuetter». Ein Wort aus der Bibel, eine kurze Andacht, eine Betrachtung eines Pfarrers oder einer Pfarrerin. Toll! Und was steht auf meinem Konfirmations-spruch? «Gott stärkt mich mit Kraft, und weist mir den rechten Weg.» 2. Samuel 22,33. Kraftfutter von allerbesten Güte! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion



EDU CH: In immer mehr Kantonen kommen Verbote sogenannter «Konversionstherapien» auf das politische Tapet – oder sie wurden bereits beschlossen. Im Dezember 2022 stimmte der Nationalrat auf Antrag der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (RK-N) mehrheitlich für ein gesamtschweizerisches Verbot – der Entscheid des Zweitrats (Ständerat) steht noch aus. Unter dem Begriff «Konversionstherapien» versteht man gemeinhin Methoden der Psychotherapie, welche die Abnahme homosexueller Neigungen und die Entwicklung heterosexueller Potenziale als Ziel postulieren.

Aus Sicht der EDU Schweiz ist ein Verbot ein fataler, auf falsch verstandenem Humanismus basierender Fehler. Die persönliche Freiheit des Einzelnen, seine therapeutische und seelsorgerliche Betreuung frei wählen zu können, muss bewahrt werden. Diesen Standpunkt durfte Thomas Lamprecht, Kantonsrat der EDU Kanton Zürich und Vizepräsident der EDU Schweiz in der Sendung «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens vom 5. Mai 2023 vertreten. Die ausführliche, fundierte Stellungnahme der EDU Schweiz finden Sie auf www.edu-schweiz.ch.

Künstliche Befruchtung: Nicht auf Kosten der Allgemeinheit!

Im Mai reichen «HLI-Schweiz», die EDU, «Ja zum Leben» und der «Neue Rütlibund» eine Petition an die Eidg. Kommission für allgemeine Leistungen und Grundsatzfragen (ELGK), das BAG und den Bundesrat ein. Bis jetzt sind über 4'000 Unterschriften gesammelt worden. Die Petition fordert, das Verfahren zur Zulassung der Finanzierung der assistierten Fortpflanzung durch die Krankenkassen sofort zu stoppen.

Weitere Infos: www.human-life.ch



UNO-Resolution für «umfassende Sexualerziehung» gescheitert

Die Regierung Biden, die Europäische Union und andere westliche Staaten wollten auf der jährlichen «Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung» der Vereinten Nationen vom 10. bis 14. April 2023 die Verabschiedung einer Resolution durchboxen, die eine «umfassende Sexualerziehung» und sexuelle Autonomie für Kinder forderte. Doch das Ansinnen, die globalistische Agenda der Gender-Ideologie voranzutreiben, scheiterte an den Protesten von insgesamt 22 Staaten, wie das Center for Family and Human Rights berichtete (in vielen deutschsprachigen Medien war davon allerdings nichts zu lesen!). Die Opposition kam hauptsächlich von Russland, sowie afrikanischen und muslimischen Staaten. Sie befürchteten, dass dadurch LGBT-Befürworter ein neues Instrument erhalten hätten, um die Rechte religiöser Gruppen zu beschneiden. Eine Delegierte aus Pakistan warf den westlichen Ländern vor, die Bildungspolitik «als Geisel» zu halten, bis sich alle Länder ihrer sexuellen Agenda unterwerfen. Sie forderte den Westen auf, die Souveränität und die Prioritäten anderer Länder zu respektieren.

Vier Fünftel aller illegalen Migranten bleiben in EU

Die neuesten Daten von Eurostat zeigen einen alarmierenden Trend. 80 % aller illegal in die EU eingewanderten Ausländer bleiben trotz der Aufforderung, das Land zu verlassen. Dies ist der schlechteste Wert in den letzten zehn Jahren. Damit stieg die Zahl der illegalen Zuwanderer aus Nicht-EU-Ländern im Jahr 2022 um 23 % auf rund 422'400 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten dieser Personen sind abgelehnte Asylbewerber oder Personen, die sich ohne gültige Papiere in der EU aufhielten. Dabei zeigt sich, dass die Umsetzung der Rückführungsrichtlinie mangelhaft ist, da in vielen Ländern der politische Umsetzungswille fehlt. Quelle: www.zukunft-ch.ch

Gefährliche Transgender-Ideologie stoppen

Pubertätsblocker, operative Geschlechtsumwandlungen und Transgender-Indoktrination: der gefährliche «Trans-Hype» hat die Schweiz erfasst. Es tobt ein ideologischer «Krieg» um das Bewusstsein unserer Jüngsten.

Anian Liebrand, Redaktionsleiter «Standpunkt»



Es ist der «LGBT-Community» (Lobby der «Nichtheterosexuellen») in jahrelanger Propaganda gelungen, einen Grossteil der Meinungsmacher in Politik und Medien von der Dringlichkeit ihrer ideologischen Rezepte zu überzeugen. Dabei geht es ihren Vordenkern längst nicht mehr darum, auf ein pragmatisches Zusammenleben in einer heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft hinzuwirken. Vielmehr geht es ihnen um die Bewirtschaftung von Minderwertigkeitskomplexen und den Anspruch, Andersdenkende den eigenen Befindlichkeiten unterzuordnen. Die Transgender-Ideologie ist ihr Prellbock, um die «heteronormative», vom Geschlechtergleichgewicht von Mann und Frau getragene Gesellschaft zu stürzen.

Resolute Minderheit

Die Anzahl jener Menschen, die rein biologisch zu viele Hormone des anderen Geschlechts besitzen (und sich deshalb oft «fremd im eigenen Körper» fühlen), bewegt sich im tiefen Promillebereich. Als «Trans-Menschen» bezeichnen sich hingegen laut Schätzungen bis zu 0,5 % der Schweizerischen Wohnbevölkerung. Der allergrösste Teil derer, die sich als Trans-Menschen definieren, besteht also aus Männern, die sich als Frauen oder sonst etwas fühlen und aus Frauen, die sich nicht als Frauen fühlen. Diese Szene fordert von der Gesellschaft immer resoluter ein, sie als etwas zu sehen, was sie aus biologischer Sicht gar nicht ist.

Indoktrination von Kindern

Bedenklich ist, dass Transgender-Ideologen verstärkt dort Einfluss nehmen, wo die Gesellschaft von Morgen geformt wird. Die Lehrpläne, Lehrmittel und nicht zuletzt der Sexualkunde-Unterricht an Schweizer Schulen sind mittlerweile durchs Band von LGBT- und Transgender-Propaganda durchsetzt. Der kürzlich abgesagte «Gender-Tag» in Stäfa ZH lässt grüssen! Zu den Indoktrinations-Beispielen gehört aber auch die «Drag Story Time», eine Veranstaltungsreihe im Zürcher Tanzhaus, bei der «Dragqueens» sogenannte «Kindergeschichten» für Drei- bis Zehnjährige vorlesen.

Das dadurch kreierte gesellschaftliche Klima verunsichert immer mehr junge Menschen in ihrer Identitätsentwicklung. Das hat zur Folge, dass in den Industriestaaten – auch in der Schweiz – die Fälle von Kindern und Jugendlichen, die meinen, «im falschen Körper» zu stecken, spürbar zunehmen. Mitten unter uns werden deshalb immer häufiger geschlechtsverändernde Therapien und Operationen an Minderjährigen durchgeführt und sog. «Pubertätsblocker» (Medikamente, die die Ausschüttung jener Hormone verhindern, die bei Kindern die Pubertät in Gang bringen) verabreicht. In Fachkreisen spricht man bereits von einem besorgniserregenden Hype – es ist vom Phänomen der «Transkinder» die Rede. Der neue Mainstream, der jungen Menschen vermittelt, es sei eine völlig normale Option, das eigene Geschlecht operativ verändern zu lassen, verursacht gewaltige Schäden.

Politischer Kurswechsel nötig

Wer hofft, dass diese alarmierenden Entwicklungen die Schweizer Politik auf den Plan rufen, wird leider (noch) enttäuscht. EDU-Nationalrat Andreas Gafner wollte in einer Interpellation vom Bundesrat wissen, wie zu rechtfertigen sei, «dass in der Schweiz die Verabreichung von Pubertätsblockern, Hormonbehandlungen und Geschlechtsamputationen bei Minderjährigen legal sind, obwohl die Eingriffe massiven Schaden auslösen und von Fachkreisen stark kritisiert werden.» Gemäss seiner Antwort sieht der Bundesrat keinen Handlungsbedarf – stattdessen spielt er den Ball an die Ärzte weiter: Es gehöre «zur Sorgfaltspflicht der behandelnden Ärztinnen und Ärzte, eine Diagnose zu bestätigen oder zu verwerfen. (...)»

Es wird Zeit, die Scheinwerfer noch deutlicher auf die Abgründe der Transgender-Agenda zu richten. Lasst Kinder Kinder sein – und hört endlich auf, die ganze Welt mit Eurer Ideologie zwangsbeglücken zu wollen! ●

WHO-Pandemievertrag – trojanisches Pferd für souveräne Staaten?

Im EDU-«Standpunkt», Ausgabe 6/2022, haben wir bereits über den geplanten WHO-Pandemievertrag berichtet. Seit Ende Februar 2023 liegt nun ein erster, 32-seitiger Entwurf des Vertragswerks auf Englisch vor.

Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH



Von Schweizer Seite wurde die Botschafterin Nora Kronig, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales», zur Ausarbeitung des WHO-Pandemievertrags delegiert. Die Befürworter – darunter die Schweiz – betonen vor dem Hintergrund der Covid-19-Erfahrungen das Ziel, mit diesem globalen Vertrag «Corona-Fehler» künftig vermeiden zu können. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist gemäss meiner persönlichen Beurteilung die falsche Adresse, weil sie als primär politische Organisation medizinisch völlig inkompetent ist, wie frühere WHO-Erfahrungen z.B. bei der Vogelgrippe oder beim Schweinegrippe-Virus gezeigt haben. Bei der Covid-19-Pandemie hat die WHO primär durch Inkompetenz, Fehleinschätzungen und Hysterie-Verbreitung gegläntzt. Es gibt keinen realen Grund, anzunehmen, ein WHO-Pandemievertrag würde an der Inkompetenz der WHO etwas ändern.

Teuer, unklar, widersprüchlich

Als Laie fällt mir beim WHO-Vertragsentwurf u.a. Folgendes auf:

- Dieser Vertrag produziert primär ein riesiges, unübersichtliches und Unsummen verschlingendes politisches UNO-Bürokratie-Monster!
- Die WHO-Mitglied- resp. Unterzeichner-Staaten werden zur Zahlung von Unsummen in der Grössenordnung von 5 bis 10 % ihrer Gesundheitsausgaben verknurrt.
- Der WHO-Pandemievertragsentwurf ist inhaltlich unklar, z.T. widersprüchlich. Einerseits werden die Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten betont. Gleichzeitig werden die vorbehaltlose Unterstützung und Umsetzung der von der WHO verlangten Massnahmen verlangt.
- Aufschlussreich ist die Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten in Artikel 17 des Vertragsentwurfs, konsequent gegen «Falsch-Informationen» und «irreführende Propaganda» vorzugehen und u.a. allfällige Impfskepsis in der Bevölkerung zu bekämpfen. Was richtig und falsch ist, bestimmt selbstverständlich die WHO selber.

Pandemie-Ausrufung nach Gutdünken?

2008 änderte die WHO die Definition des Begriffs «Grippe-Pandemie». Bis dato wurde unter Grippe-Pandemie eine Grippe-Epidemie verstanden, die eine enorme Anzahl an Todesfällen und Erkrankungen verursacht und gleichzeitig durch neue Virustypen gekennzeichnet ist. 2008 lockerte die WHO diese Definition. Deshalb konnte sie bei Covid-19 den Pandemie-Notstand ausrufen, mit den entsprechenden Folgen. Der Pandemievertrag wird der WHO ermöglichen, solche «Pandemien» quasi nach eigenem Gutdünken auszurufen, mit drastischen Folgen für die Mitgliedstaaten.

Profitieren vom WHO-Pandemievertrag wird sicher die Pharma-Industrie, eine der wichtigsten Geldgeberinnen der WHO. Die Pflichtbeiträge der WHO-Mitgliedstaaten decken heute nur etwa 20 % des WHO-Budgets, ca. 80 % stammen von privaten Geldgebern und Stiftungen wie z.B. projektgebundene Beiträge aus der Pharma-Industrie und der «Bill & Melinda Gates Foundation». Diese privaten Geldgeber beeinflussen damit die Programme und Arbeit der WHO und beschneiden deren Unabhängigkeit. Die Einnahmen aus Corona-Impfstoffen seit 2019 werden für Moderna, AstraZeneca und BioNTech auf je ca. 20 Milliarden US-Dollar geschätzt, jene für Pfizer auf ca. 60 Mia. Aus meiner Sicht eine staatlich subventionierte Abzockerei, wenn man bedenkt, dass diverse Länder nur beliefert wurden, wenn sie akzeptiert haben, dass die Pharma-Lieferfirma nicht für Folgen ihrer Impfungen haften muss!

Neue Weltregierung

Doch damit nicht genug: Der WHO-Pandemievertrag wird eingebettet in ein UNO-«One Health»-Programm. Aus meiner persönlichen Sicht entsteht hier hinter der Kulisse der Weltbühne zusammen mit der sich abzeichnenden Klima-Diktatur nichts anderes als die neue Weltregierung unter dem Schirm der UNO. ●

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, Ernte 2022, 5 kg CHF 80.–, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. K: 079 607 12 07

VERMIETEN

In 1723 Marly FR: sonnige 3.5-Zi-Wohnung, Hochparterre in älterem Mehrfamilienhaus, mit Balkon, Estrich, Keller, Parkplatz. Küchenkombination ohne Geschirrspüler. Ruhiges Quartier. Stadtbushaltestelle, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten in wenigen Min. Fussdistanz. Fahrt-dauer Bus bis Bhf Fribourg: 10 Min. Frei ab Mitte Juli 2023. Mtl. MZ CHF 1150.– inkl. NK + PP. K: 079 393 30 31 (abends, kein WhatsApp)

In Jens BE: Helle 3.5-Zi-Wohnung im Parterre mit moderner Küche, Dusche und freistehender Badewanne, grossem Sitzplatz vor der Küche mit Blick ins Grüne und übers Seeland, Parkplatz, 2 Min. von Postauto-Haltestelle. Ab sofort oder n. V. MZ CHF 1600.– plus NK CHF 300.–. K: M. L. Weber: 079 791 07 32, malouise@gmx.ch

Ferienwohnung in Alphüttli, 3623 Teuffenthal BE. Geeignet auch für grössere Familien. K: www.weichel.ch, 033 442 19 17, 079 723 03 20

Ferien im Prättigau: 2.5-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg: fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

VERSCHENKEN

«Handbuch der Evangelien in Wort und Bild» (Verlag der Franke-Buchhandlung, Marburg/Lan). Bernhard Dura, Julierweg 5, 7000 Chur; 081 284 16 60, dura@fitundheil.ch

Zu verschenken an eine Familie: **Zeltklappanhänger**, Marke Trigano Chantilly, Jg. 1995, bis zu 6 Schlafplätzen, mit div. Zubehör. Der Anhänger stand immer im Trockenen. Muss in 3284 Fräschels abgeholt werden. K: 079 214 52 11

Vortrags-CD «Buddha – Islam – Hinduismus – Jesus Christus: Kennen Sie die wichtigsten Unterschiede?» Eine aktuelle und wichtige Information für unsere Zeit, in der viele liebe Mitmenschen glauben, dass doch alle Religionen irgendwie zu Gott führen. Diese CD ist also sehr geeignet auch zum Weiter-schenken! Sie dürfen deshalb gerne mehrere bestellen und erhalten sie gratis zugeschickt vom Literatur-

Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE. K: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

«Trampolin und mehr» – Seminarwoche vom 28.8. – 1.9.2023, im Hotel Hari, Adelboden. Gesundheitsorientiertes Trampoltraining kennenlernen – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! K: www.swingwalking.com, 071 223 20 23

Patientenverfügung, Vorsorge-auftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden 1. Montag im Monat, 19.30 – 20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9 – 10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

12./26.6. Bülach: 20 – 21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

18.6. Herisau: 17 Uhr, Pflingst-gemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

Christliche Anlässe

Zeit für Wunder – Push Weekend 2.–4.6. Tissot Arena Biel: «Push Weekend». Wunder stärken unseren Glauben und lassen keinen Zweifel an der Existenz Gottes. **Konferenz voller inspirierender Redner und Musiker, evangelistisch ausgerichtet.** K: pushweekend.com

Seminar für biblische Theologie Beatenberg 4.–9.6. Ferienwoche für Pensionierte

10.–11.6. Absolvierungsfeier Bachelor-Klasse: Sonntag, 10 Uhr: Festgottesdienst K: gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»

Die Ausgabe 06/2023 wird am 26. Juni 2023 versandt.

Redaktionsschluss:
9. Juni 2023
Druck: 22. Juni 2023

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Danke!

Stimmt Ihre Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Änderungen rechtzeitig mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.



Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
 Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
 Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Shutterstock
 6: Shutterstock
 5, 13, 14: Adobe Stock
 Kopfbilder, 4, 7, 8, 9, 12, 15, 19: zvg

42. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 20 000 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.- / 25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

EDU-Kantonsrat Erich Vontobel spricht am Marsch fürs Läbe 2023



Unter dem Motto «Sei ihre Stimme!» ruft das OK des «Marschs fürs Läbe» auch in diesem Jahr dazu auf, den Schwächsten unter uns eine Stimme zu geben. Heuer wird die Veranstaltung bereits zum 13. Mal durchgeführt – am 16. September 2023 in Zürich-Oerlikon.

Neben dem Demonstrationszug wird es wiederum einen Kundgebungsteil geben. Bei diesem wird der Zürcher EDU-Kantonsrat Erich Vontobel einer der Hauptredner sein. Die Veranstalter würdigen dabei, dass sich Vontobel, der im Herbst auch für den Nationalrat kandidiert, seit vielen Jahren für das Lebensrecht einsetzt. Neben weiteren Rednern und Grossbotschaften wird die Sängerin und Songwriterin Bernarda Brunovic die Veranstaltung musikalisch begleiten. Die von Geburt an blinde Musikerin mit kroatischen Wurzeln begeisterte bereits im letzten Jahr das Publikum.

**SCHLUSS
 PUNKT**

Der «Marsch fürs Läbe» ist seit Jahren die grösste Pro-Life-Manifestation in der Schweiz. Der Marsch sammelt Lebensschützer aus unterschiedlichsten Bereichen und bietet Lebensrechtsorganisationen eine Vernetzungsplattform sowie die Möglichkeit, ihr Anliegen gemeinsam in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch die EDU Schweiz ist wieder mit an Bord! Seit vielen Jahren gehört sie zur Trägerschaft und steht an vorderster Front für den Lebensschutz ein.

Die Anliegen des «Marschs fürs Läbe» sind aktueller und wichtiger denn je. Schliesslich darf in der Schweiz heute jedes neunte Kind nicht mehr leben! Seit Einführung der Fristenregelung 2002 sind mehr als 200'000 ungeborene Kinder abgetrieben worden – dramatische Zahlen, über die das Volk Bescheid wissen muss! Dass bei einer ungeplanten Schwangerschaft statt einer Abtreibung Unterstützung und Hilfsmöglichkeiten im Fokus stehen und dass sich die Überzeugung für ein absolutes Menschenrecht auf Leben von der Zeugung an in der Gesellschaft weitverbreitet, dafür erheben die Teilnehmer des Marsches am 16. September in Zürich ihre Stimme.

Anian Liebrand

👉 www.marschfuerslaebe.ch

ERWECKUNGS KONFERENZ 16.-18. Juni

Steh auf, leuchte! Suhr-CH

Jesaja 60:1



Martin & Sigrid Baron
Gottes-Haus - Deutschland



Aaron Tanyi
ECAN - Kamerun



Stefan Reich
70x7 - Schweiz

www.70x7.info/suhr

www.huwa.ch **Huwa** seit 1911




Zusammen mehr. zubi.swiss

Mission Aviation Fellowship



maf-schweiz.ch

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch



Bücher von Peter Kocher

Die Bücher sind in jeder Buchhandlung und auch als eBook erhältlich.



ISBN 978-3-7526-8975-4
Geleitwort von Apostel Dr. John E. Sagoe
144 S.



ISBN 978-3-7504-1639-0
Geleitwort von Samuel Kullmann
288 S.

E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Ihr unkomplizierter Werbefachmann:
bezahlbar, fair und auf Augenhöhe



Anian Liebrand
Geschäftsführer
Firmeninhaber
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch
politagentur.ch
anianliebrand.ch

politagentur.ch
Strategie · Planung · Umsetzung

TB TRANSPARENT BROKER

fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch



BB Wertmetall®
Gut zu haben.

S-Deposito⁺

Silber hat sich seit Abraham bewährt.

Mit der Produktlösung S-Deposito erwerben unsere Kunden hochreines Silbergranulat, welches in einem **Schweizer Zollfreilager** versichert aufbewahrt wird.

Sie haben die Möglichkeit täglich Ein- sowie Auszahlungen zu tätigen und profitieren von einer Tauschfunktion mit anderen S-Deposito-Besitzern. Bei **über 60 Unternehmen** kann mit Silbergranulat bezahlt werden.



bb-wertmetall.ch



0041 62 892 48 48



contact@bb-wertmetall.ch